



<https://blz.li/2ib7>

HOHE ROHSTOFF- UND ENERGIEPREISE MACHEN DER CALENBERGER BACKSTUBE ZU SCHAFFEN

Veröffentlicht am 26.08.2022 um 09:01 von Redaktion LeineBlitz

Corona sei schon hart gewesen, aber das Ende der schwierigen Zeit wegen der Impfstoffe in Sicht gewesen. Doch die derzeitige Krise treffe sie Branche noch härter. "Es wird ein Sterben der Bäckereien geben", prophezeit Kai Oppenborn, Geschäftsführer der Calenberger Backstube. Im Gespräch mit Dr. Silke Lesemann, der für Laatzen, Pattensen und Sehnde zuständigen SPD-Landtagsabgeordneten, und dem SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Matthias Miersch, die das Unternehmen jetzt besucht haben, zeichnet der Firmenchef ein düsteres Bild. "Wir sehen derzeit viele vorzeitige Geschäftsaufgaben - und das wird noch zunehmen." Auch die Calenberger Backstube stehe vor großen Herausforderungen. Zum einen mache die aktuelle Energiekrise zu schaffen, die sich auch auf die Rohstoffkosten auswirke, zum anderen werde es immer schwieriger Arbeitskräfte zu finden. "Beim Strom zahlen wir dieses Jahr bisher das Doppelte", berichtet der zweite Geschäftsführer und Bruder Axel Oppenborn. Beim Gas sei man durch langfristige Verträge in diesem



Dr. Silke Lesemann (Bildmitte), die für Laatzen, Pattensen und Sehnde zuständige SPD-Landtagsabgeordnete, der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Matthias Miersch (links) und Andrea Eibs-Lüpcke, Vorsitzende der SPD Ortsvereins Pattensen, wurden von den beiden Geschäftsführern Axel Oppenborn (rechts) und Kai Oppenborn durch die Backstube geführt.

Jahr noch abgesichert. Nach jetzigem Stand stehe nach Ablauf der Gasverträge auch hier eine Kostensteigerung von 100 Prozent bevor. Dabei sei die neue Gasumlage noch nicht einmal eingerechnet. Der Preis für die Grundzutat von Brot und Backwaren, Mehl, habe sich ebenfalls verdoppelt. "Diese dramatischen Kostensteigerungen können wir nur bedingt an unsere Kunden weitergeben - sie kaufen die Produkte sonst vielleicht bei einem Discounter, da sie auch sparen müssen", so Oppenborn. Die beiden Geschäftsführer, die insgesamt 245 Mitarbeitende beschäftigen, hatten einen Brief an Miersch geschrieben und um Unterstützung gebeten. "Es wird ein drittes Entlastungspaket kommen und ich setze mich dafür ein, dass kleine und mittelständische Betriebe darin berücksichtigt werden", versprach Miersch. Die 300 Euro Energiekostenpauschale für alle Menschen in Deutschland, die über die Arbeitgeber abgewickelt wird, habe zu Mehraufwand geführt und sei sehr bürokratisch, kritisierte Kai Oppenborn. Miersch warb für die Art und Weise der Abwicklung. Zum einen gebe es kein zentrales Register für alle Menschen, zum anderen wollte man die Auszahlung an die Einkommen koppeln. "Unser Ziel als SPD war es, Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen zu entlasten", betonte Miersch. Für die Verbraucher werde der anstehende Winter hart, man könne mindestens mit einer Verdreifachung der Energiekosten rechnen, machte Miersch deutlich. Er rechne auch nicht mit einer schnellen Lösung der Energiekrise. Sorgen bereitet den Geschäftsführern auch die Gewinnung von Mitarbeitenden. Es sei immer schwieriger, die offenen Stellen mit motivierten und qualifizierten Bewerbern zu besetzen. "Es herrscht ein Fachkräftemangel - und das ist ein großes Problem", betonte Lesemann. Kritik äußerten die Unternehmenschefs in diesem Zusammenhang an der Ausländerbehörde der Region. "Es gibt viele tolle Bewerber mit Migrationshintergrund. Oftmals scheitert die Einstellung leider an der Ausländerbehörde, da diese bei Fragen oder rechtlichen Problemen für Außenstehende permanent unerreichbar ist", so Kai Oppenborn. Das dürfe nicht sein, erklärten Lesemann und Miersch. Der Arbeitsmarkt sei auf Zuwanderung angewiesen. Miersch äußerte Hoffnung, dass es auf Bundesebene Vorstöße gibt, ausländischen Arbeitskräften den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. "Das

war mit der CDU nicht zu machen gewesen", so Miersch.